



6. März 2020

---

# **Änderung der Handelsregisterverordnung und der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister**

Bericht über das Ergebnis des  
Vernehmlassungsverfahrens

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Allgemeines</b> .....	<b>4</b>
1.1	Überblick.....	4
1.2	Gegenstand der Vernehmlassung.....	5
1.2.1	Änderung der Handelsregisterverordnung .....	5
1.2.2	Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister ..	5
1.2.3	Formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht zur Meldung von eintragungspflichtigen Rechtseinheiten .....	5
<b>2</b>	<b>Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen</b> .....	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Allgemeine Bemerkungen zu den Eingaben</b> .....	<b>6</b>
<b>4</b>	<b>Änderung der Handelsregisterverordnung</b> .....	<b>6</b>
4.1	Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf .....	6
4.2	Bemerkungen zur Regelung von Interessenkonflikten (Art. 3 E-HRegV).....	6
4.3	Bemerkungen zur kantonalen Aufsicht und Oberaufsicht durch den Bund (Art. 4, 5 und 5a E-HRegV).....	6
4.4	Bemerkungen zu den zentralen Datenbanken (Art. 14 und 14a E-HRegV) .....	7
4.5	Bemerkungen zu Korrekturen und Berichtigungen (Art. 9 Abs. 4 und 27 E-HRegV).....	7
4.6	Bemerkungen zur Anmeldung durch Vertreter (Art. 17 E-HRegV).....	7
4.7	Bemerkungen zur ausschliesslichen Angabe des vollständigen Zwecks (Art. 118 Abs. 2 E-HRegV) .....	8
4.8	Bemerkungen zur Beibehaltung von Einträgen in fremden Amtssprachen nach Sitzverlegungen in andere Kantone (Art. 123 Abs. 6 E-HRegV).....	8
4.9	Bemerkungen zum Verfahren bei Aufforderungen durch das kantonale Handelsregisteramt (Art. 152 und 152a E-HRegV).....	9
4.10	Bemerkungen zur Nachforschungspflicht des kantonalen Handelsregisteramts, wenn die letzte eingetragene Tatsache älter als 10 Jahre ist (Art. 157 Abs. 4 E-HRegV).....	9
4.11	Bemerkungen zur Verlängerung der Frist für die Löschung bei der Einstellung von Konkursen mangels Aktiven (Art. 159a Abs. 1 Bst. a E-HRegV).....	9
4.12	Bemerkungen zur Abschaffung der Registersperre (Aufhebung der geltenden Art. 162 und 163 HRegV).....	9
4.13	Zusätzliche Vorschläge die über den Entwurf hinausgehen .....	9
4.13.1	Rechtsverbindlichkeit der im Internet publizierten Handelsregisterdaten	9
4.13.2	Schlichtungsstelle für das Handelsregister .....	10
4.13.3	Bewertung der Handelsregisterämter .....	10
4.13.4	Endgültige Löschung von fehlerhaften Einträgen aus dem Handelsregister .....	10
4.13.5	Freie Wahl des Handelsregisteramts .....	10
4.13.6	Abschaffung der öffentlichen Beurkundung .....	10
4.13.7	Personensuche im Handelsregister .....	10
4.13.8	Massnahmen gegen missbräuchliche Konkurse .....	10
4.13.9	Gebühren für das Schweizerische Handelsamtsblatt (SHAB).....	11
<b>5</b>	<b>Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister</b> .....	<b>11</b>
5.1	Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf .....	11
5.1.1	Zustimmende Haltung .....	11
5.1.2	Ablehnende Haltung .....	11
5.1.3	Weitere Bemerkungen.....	12
5.2	Bemerkungen zur Gebührenpflicht (Art. 1 E-GebV-HReg) .....	12
5.3	Bemerkungen zu den Gebührenansätzen (Art. 3 E-GebV-HReg) .....	12

5.4	Bemerkungen zur Gebührenreduktion bei elektronischem Geschäftsverkehr (Art. 4 E-GebV-HReg) .....	12
5.5	Bemerkungen zur Vorauszahlung von Gebühren (Art. 6 E-GebV-HReg) .....	13
5.6	Bemerkungen zur Verteilung der Handelsregistergebühren zwischen Bund und Kantonen (Art. 10 E- GebV-HReg) .....	13
<b>6</b>	<b>Formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht zur Meldung von eintragungspflichtigen Rechtseinheiten .....</b>	<b>13</b>
<b>7</b>	<b>Einsichtnahme.....</b>	<b>13</b>
	<b>Anhang / Annexe / Allegato.....</b>	<b>14</b>

## Zusammenfassung

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2019 eine Vernehmlassung zur Änderung der Handelsregisterverordnung und der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 27. Mai 2019. Die Kantone, die politischen Parteien sowie weitere interessierte Organisationen können sich zu den Entwürfen und zur Frage, ob eine formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht geschaffen werden soll, damit die Steuerbehörden eintragungspflichtige Rechtseinheiten systematisch den Handelsregisterbehörden melden müssen, äussern.

### **Änderung der Handelsregisterverordnung**

Der Entwurf wurde von allen Vernehmlassungsteilnehmern im Grundsatz begrüsst. Eine gewisse Uneinigkeit besteht bei der Aufsichtstätigkeit und bei der Anmeldung durch bevollmächtigte Dritte.

### **Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister**

Die Senkung der Handelsregistergebühren wurde unterschiedlich aufgenommen. Nur wenige Kantone sind mit der Senkung im vorgeschlagenen Umfang einverstanden. Die Mehrheit der Kantone und eine einzige Organisation lehnen eine Senkung der Gebühren generell oder in der vorgeschlagenen Höhe ab. Dagegen begrüssen alle teilnehmenden politischen Parteien und eine grosse Mehrheit der Organisationen die mit der Revision angestrebte Einhaltung der Kostendeckung bei den Handelsregistergebühren.

### **Formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht zur Meldung von eintragungspflichtigen Rechtseinheiten**

Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage im Steuerrecht wird mehrheitlich begrüsst.

## **1 Allgemeines**

### **1.1 Überblick**

Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Handelsregisterverordnung und der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister dauerte vom 20. Februar 2019 bis zum 27. Mai 2019. Zur Teilnahme eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete und der Wirtschaft sowie weitere interessierte Organisationen.

Stellung genommen haben 26 Kantone, 3 politische Parteien und 17 Organisationen sowie ein weiterer Teilnehmer. Insgesamt gingen damit 47 Stellungnahmen ein.

Eine politische Partei und 4 Organisationen haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Schweizerische Volkspartei SVP / Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD / Schweizerischer Arbeitgeberverband / Schweizerischer Gemeindeverband / Schweizerischer Städteverband.

## **1.2 Gegenstand der Vernehmlassung**

Gegenstand der Vernehmlassung sind drei verschiedene Themenbereiche. Es haben sich nicht alle Vernehmlassungsteilnehmer zu den drei Themenbereichen geäußert. Die Auswertung wird deshalb aufgeteilt und die Vernehmlassungen für jeden Themenbereich gesondert ausgewiesen.

### **1.2.1 Änderung der Handelsregisterverordnung**

Die Änderungen betreffend das Handelsregister im Obligationenrecht (OR; SR 220) wurden am 17. März 2017 in der Schlussabstimmung sowohl vom Ständerat als auch vom Nationalrat einstimmig angenommen. Die Referendumsfrist ist am 6. Juli 2017 abgelaufen. Die Änderung des OR hat zur Folge, dass die Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV; SR 221.411) teilrevidiert werden muss. Da aber zahlreiche Bestimmungen von der Verordnung in das Gesetz überführt werden, wird die Verordnung tendenziell schlanker und kann sich auf Ausführungsbestimmungen beschränken. Gleichzeitig bietet die Anpassung der HRegV die Gelegenheit, einzelne offene Fragen aus der Praxis zu präzisieren und zu klären.

### **1.2.2 Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister**

Im OR sieht der Gesetzgeber in Artikel 929 Absatz 2 vor, dass die Gebühren der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens angepasst sein sollen. Die neue gesetzliche Grundlage in Artikel 941 Absatz 3 nOR verweist dagegen auf das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip. Damit hat der Gesetzgeber klargestellt, dass künftig im Bereich des Handelsregisters ausschliesslich die Grundsätze des Gebührenrechts gelten. Deshalb muss die Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister vom 3. Dezember 1954 (SR 221.411.1; neu abgekürzt als GebV-HReg) totalrevidiert werden.

### **1.2.3 Formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht zur Meldung von eintragungspflichtigen Rechtseinheiten**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassungsteilnehmer dazu eingeladen, sich zur Frage zu äussern, ob eine formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht geschaffen werden soll, damit die Steuerbehörden eintragungspflichtige Rechtseinheiten systematisch den Handelsregisterbehörden melden müssen.

## **2 Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen**

Eine Liste der Kantone, Parteien, Organisationen und Personen, die geantwortet haben, findet sich im Anhang.

### 3 Allgemeine Bemerkungen zu den Eingaben

Es gab zwei Arten von Eingaben: Die politischen Parteien und Organisationen haben sich mehrheitlich auf allgemeine Ausführungen beschränkt und nur einzelne Punkte besonders hervorgehoben. Die Kantone haben dagegen sehr ausführlich Stellung genommen. Teilweise wurden Anhänge<sup>2</sup> mit detaillierten Bemerkungen und technischen Fragen beigelegt. 2 Kantone<sup>3</sup> haben zusätzlich ein Rechtsgutachten von Frau Prof. Isabelle Häner zum Kostendeckungsprinzip als Beilage eingereicht, das die Handelsregisterämter der Kantone SG, ZG und ZH in Auftrag gegeben hatten. Zusätzlich ist aufgefallen, dass die individuellen Stellungnahmen der Kantone teilweise wortwörtlich übereinstimmen.

### 4 Änderung der Handelsregisterverordnung

#### 4.1 Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf

Der Entwurf wurde von allen Vernehmlassungsteilnehmern im Grundsatz begrüsst. 4 Teilnehmer haben die verstärkte Nutzung der elektronischen Kommunikation besonders begrüsst.<sup>4</sup> 2 Kantone<sup>5</sup> haben darauf hingewiesen, dass die Änderungen für die Kantone zu Mehraufwand führen wird.

#### 4.2 Bemerkungen zur Regelung von Interessenkonflikten (Art. 3 E-HRegV)

3 Teilnehmer haben die neue Vorschrift in Art. 3 E-HRegV zur Verhinderung von Interessenkonflikten ausdrücklich begrüsst.<sup>6</sup> 2 Kantone haben darauf hingewiesen, dass diese Vorschrift kleinere Handelsregisterämter vor Schwierigkeiten stelle.<sup>7</sup> Ein Kanton<sup>8</sup> lehnt die Vorschrift ab, weil Regelungen zum Ausstand und zur Ablehnung kantonal geregelt seien.

#### 4.3 Bemerkungen zur kantonalen Aufsicht und Oberaufsicht durch den Bund (Art. 4, 5 und 5a E-HRegV)

7 Kantone<sup>9</sup> weisen darauf hin, dass die Änderung des OR vom 17. März 2017 keine kantonale Aufsichtsbehörde mehr vorschreibe. Daher seien Art. 4 und Art. 5 Abs. 2 Bst. d E-HRegV zu streichen.

15 Kantone<sup>10</sup> verlangen eine Präzisierung von Art. 5 Abs. 3 E-HRegV, wonach Gebührenverfügungen der Oberaufsicht nicht mitzuteilen sind. 3 Teilnehmer<sup>11</sup> sehen in der Mitteilung von Verfügungen nur Aufwand und keinen Nutzen.

---

<sup>2</sup> GE / LU / SG / ZG.

<sup>3</sup> SG / ZH.

<sup>4</sup> economiesuisse, S. 1 / FDP, S. 1 / HKBB, S. 1 / VSEI, S. 1.

<sup>5</sup> LU / ZG.

<sup>6</sup> OW, S. 3 / ZH, S. 4 / pharmaSuisse, S. 3.

<sup>7</sup> AR, S. 3 / GL, S. 2.

<sup>8</sup> SH, S. 1.

<sup>9</sup> AG, S. 2 / BS, S. 1 / LU, S. 1 / NW, S. 1 / SZ, S. 2 / SG, S. 2 / ZH, S. 4.

<sup>10</sup> AR, S. 4 / BE, S. 2 / BL, S. 1 / FR, S. 1 / GE, S. 3 / GL, S. 2 / LU, S. 2 / NE, S. 5 / NW, S. 2 / OW, S. 3 / SH, S. 1 / SO, S. 2 / TG, S. 1 / VS, S. 1 / ZH, S. 5.

<sup>11</sup> AI, S. 1 / SZ, S. 2 / pharmaSuisse, S. 1.

9 Kantone<sup>12</sup> lehnen den vorgeschlagenen Austausch zwischen den kantonalen Aufsichtsbehörden und der Oberaufsicht ab, weil das OR keine kantonale Aufsichtsbehörde mehr vorschreibe. Ein Kanton<sup>13</sup> schlägt vor, dass nicht die Aufsichtsbehörde der Oberaufsicht Bericht erstatten soll, sondern, dass die Handelsregisterämter jährlich einen Rechenschaftsbericht zuhanden der Oberaufsicht verfassen sollen.

#### **4.4 Bemerkungen zu den zentralen Datenbanken (Art. 14 und 14a E-HRegV)**

Das zur Verfügung stellen der Handelsregisterdaten des Bundes als Open Government Data (OGD) wird von 6 Teilnehmern<sup>14</sup> ausdrücklich begrüsst. 3 dieser Teilnehmer<sup>15</sup> sind der Ansicht, dass auch alle kantonalen Handelsregisterdaten über die Seite [www.zefix.admin.ch](http://www.zefix.admin.ch) gebührenfrei zugänglich sein sollten.

Ein Teilnehmer<sup>16</sup> weist darauf hin, dass die Notare auf korrekte und vollständige Daten angewiesen sind.

Für 8 Kantone<sup>17</sup> ist die Verantwortung der Kantone bei der Datenerfassung für die zentrale Datenbank Personen unklar. 5 Kantone<sup>18</sup> sind der Ansicht, dass die abschliessende Verantwortung beim Bund liegen sollte.

#### **4.5 Bemerkungen zu Korrekturen und Berichtigungen (Art. 9 Abs. 4 und 27 E-HRegV)**

19 Kantone<sup>19</sup> wollen weiterhin Korrekturen ohne materiellen Gehalt nicht als Berichtigung deklarieren und ohne Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) ändern können. 2 Teilnehmer<sup>20</sup> begrüssen die Klarstellung, wonach alle Korrekturen im SHAB publiziert werden müssen.

#### **4.6 Bemerkungen zur Anmeldung durch Vertreter (Art. 17 E-HRegV)**

Die vorgeschlagene Änderung, dass auch bevollmächtigte Dritte die Anmeldung unterzeichnen dürfen, wird von 10 Teilnehmern<sup>21</sup> ausdrücklich begrüsst. Ein Teilnehmer<sup>22</sup> lehnt diese Änderung ausdrücklich ab.

---

<sup>12</sup> AG, S. 2 / AR, S. 4 / BS, S. 1 / GL, S. 2 / GR, S. 1 / LU, S. 1 / NW, S. 2 / SZ, S. 2 / ZH, S. 5.

<sup>13</sup> JU, S. 1.

<sup>14</sup> FR, S. 1 / SP, S. 1 / Bär & Karrer, S. 1 / Opendata, S. 2 / pharmaSuisse, S. 1 / Swiss Data Alliance, S. 2.

<sup>15</sup> SP, S. 1 / Opendata, S. 2 / Swiss Data Alliance, S. 2.

<sup>16</sup> VbN, S. 2.

<sup>17</sup> AI, S. 2 / AR, S. 5 / GL, S. 3 / SG, S. 5 / SO, S. 2 / SZ, S. 3 / TG, S. 2 / ZH, S. 5.

<sup>18</sup> GL, S. 3 / NW, S. 2 / OW, S. 3 / SZ, S. 3 / TG, S. 2.

<sup>19</sup> AG, S. 2 / AI, S. 2 / AR, S. 4 / BE, S. 2 / BL, S. 2 / BS, S. 2 / FR, S. 1 / GL, S. 2 / LU, S. 2 / NW, S. 2 / OW, S. 3 / SG, S. 4 / SH, S. 2 / SO, S. 2 / SZ, S. 3 / TG, S. 2 / TI, S. 2 / UR, S. 2 / ZH, S. 5.

<sup>20</sup> EXPERTsuisse, S. 2 / pharmaSuisse, S. 1.

<sup>21</sup> OW, S. 4 / SH, S. 2 / SZ, S. 3 / TI, S. 2 / pharmaSuisse, S. 2 / SFTI, S. 1, Oldani, S. 14 / VbN, S. 2 / KMU-Forum, S. 1 / Bär & Karrer, S. 1.

<sup>22</sup> NE, S. 6.

Bei der Frage, wer die Vollmacht unterzeichnen soll, gehen die Meinungen auseinander: 6 Kantone<sup>23</sup> sind der Ansicht, dass dies nur Mitgliedern des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans vorbehalten sein soll. 3 Organisationen<sup>24</sup> möchten dagegen, dass die Vollmacht von jeder zeichnungsberechtigten Person der Rechtseinheit unterzeichnet werden darf.

11 Teilnehmer<sup>25</sup> wünschen eine Präzisierung, wonach auch zwei Personen mit Kollektivzeichnungsberechtigung zusammen die Vollmacht unterzeichnen dürfen.

4 Teilnehmer<sup>26</sup> möchten keine allzu hohen Anforderungen an die Vollmacht stellen: eine Kopie soll genügen, es brauche keine Beglaubigung der Unterschrift und die Vollmacht müsse nicht durch die kantonalen Handelsregisterämter geprüft werden.

Ein Kanton<sup>27</sup> möchte keine Substitutionsvollmachten zulassen. Ein Kanton<sup>28</sup> möchte keine Generalvollmachten, sondern nur Spezialvollmachten. 2 Teilnehmer<sup>29</sup> regen an, dass Dauervollmachten zulässig sein sollen.

#### **4.7 Bemerkungen zur ausschliesslichen Angabe des vollständigen Zwecks (Art. 118 Abs. 2 E-HRegV)**

6 Kantone<sup>30</sup> sind der Ansicht, dass es weiterhin zulässig sein soll, im Handelsregistereintrag den Zweck abzukürzen. Schliesslich würden künftig die Statuten mit dem vollständigen Zweck im Internet publiziert.

3 Teilnehmer<sup>31</sup> begrüessen diese Änderung ausdrücklich.

#### **4.8 Bemerkungen zur Beibehaltung von Einträgen in fremden Amtssprachen nach Sitzverlegungen in andere Kantone (Art. 123 Abs. 6 E-HRegV)**

7 Kantone<sup>32</sup> lehnen diese Änderung ab und wollen bei einer Sitzverlegung die Einträge weiterhin in die Amtssprachen ihres Kantons übersetzen. Ein Kanton<sup>33</sup> begrüsst diese Änderung.

Für 4 Kantone<sup>34</sup> ist fraglich, ob mehrsprachige Handelsregisterauszüge kundenfreundlich sind.

---

<sup>23</sup> BL, S. 2 / FR, S. 2 / NW, S. 2 / SG, S. 7 / UR, S. 2 / ZG, S. 2.

<sup>24</sup> economiesuisse, S. 2 / EXPERTsuisse, S. 2 / HKBB, S. 1.

<sup>25</sup> AI, S. 2 / BS, S. 2 / GE, S. 4 / GL, S. 3 / SH, S. 2 / SZ, S. 3 / economiesuisse, S. 2 / HKBB, S. 1 / SFTI, S. 1 / SwissHoldings, S. 1 / VbN, S. 3.

<sup>26</sup> BL, S. 2 / GL, S. 3 / SZ, S. 3 / Bär & Karrer, S. 2.

<sup>27</sup> SH, S. 2.

<sup>28</sup> ZH, S. 6.

<sup>29</sup> Bär & Karrer, S. 1 / VbN, S. 3.

<sup>30</sup> GR, S. 2 / NE, S. 6 / SZ, S. 5 / VD, S. 1 / VS, S. 2 / ZG, S. 2.

<sup>31</sup> SG, S. 10 / ZH, S. 8 / EXPERTsuisse, S. 2.

<sup>32</sup> AI, S. 3 / GE, S. 5 / GL, S. 4 / NW, S. 5 / SO, S. 4 / SZ, S. 6 / ZH, S. 9.

<sup>33</sup> BL, S. 3.

<sup>34</sup> BL, S. 3 / JU, S. 2 / SG, S. 11 / VS, S. 2.



#### **4.9 Bemerkungen zum Verfahren bei Aufforderungen durch das kantonale Handelsregisteramt (Art. 152 und 152a E-HRegV)**

10 Kantone<sup>35</sup> wollen nicht, dass es neu im Ermessen des Handelsregisteramtes liegen soll, eine angemessene Frist festzulegen. Sie möchten in der Verordnung eine nach Tagen bezifferte Frist.

3 Kantone<sup>36</sup> möchten auf die Zustellfiktion bei nicht abgeholten Sendungen verzichten.

11 Kantone<sup>37</sup> wollen bei fehlendem oder unbekanntem Rechtsdomizil keine Nachforschungen anstellen müssen.

#### **4.10 Bemerkungen zur Nachforschungspflicht des kantonalen Handelsregisteramts, wenn die letzte eingetragene Tatsache älter als 10 Jahre ist (Art. 157 Abs. 4 E-HRegV)**

8 Kantone<sup>38</sup> lehnen diese neue Aufgabe ab, weil sie zusätzlichen Aufwand verursacht, der nicht weiterverrechnet werden kann. 2 Kantone<sup>39</sup> begrüßen die Änderung.

Ein Kanton<sup>40</sup> möchte eine kürzere Frist von 3 Jahren. 2 Kantone<sup>41</sup> möchten die Frist auf 15 oder 20 Jahre verlängern.

#### **4.11 Bemerkungen zur Verlängerung der Frist für die Löschung bei der Einstellung von Konkursen mangels Aktiven (Art. 159a Abs. 1 Bst. a E-HRegV)**

Die Verlängerung der Frist von 3 Monaten auf 2 Jahre wird von 2 Kantonen<sup>42</sup> ausdrücklich abgelehnt.

#### **4.12 Bemerkungen zur Abschaffung der Registersperre (Aufhebung der geltenden Art. 162 und 163 HRegV)**

Die Aufhebung der Registersperre als vorsorgliche Massnahme auf Verordnungsstufe lehnen 2 Kantone<sup>43</sup> ab. 7 Teilnehmer<sup>44</sup> begrüßen diese Änderung.

#### **4.13 Zusätzliche Vorschläge die über den Entwurf hinausgehen**

##### **4.13.1 Rechtsverbindlichkeit der im Internet publizierten Handelsregisterdaten**

Ein Teilnehmer<sup>45</sup> möchte, dass alle auf der Seite [www.zefix.admin.ch](http://www.zefix.admin.ch) publizierten Handelsregisterdaten rechtsverbindlich sind.

---

<sup>35</sup> AG, S. 3 / AR, S. 7 / BS, S. 2 / GE, S. 5 / LU, S. 3 / NW, S. 5 / SG, S. 12 / SO, S. 4 / SZ, S. 6 / ZH, S. 11.

<sup>36</sup> LU, S. 3 / SZ, S. 7 / ZG, S. 2.

<sup>37</sup> AG, S. 3 / AR, S. 8 / FR, S. 2 / GR, S. 4 / LU, S. 4 / NW, S. 6 / SG, S. 12 / SO, S. 4 / SZ, S. 7 / ZG, S. 2 / ZH, S. 11.

<sup>38</sup> AG, S. 3 / BS, S. 3 / LU, S. 3 / SO, S. 4 / TI, S. 3 / UR, S. 3 / ZG, S. 2.

<sup>39</sup> SG, S. 13 / ZH, S. 11.

<sup>40</sup> SO, S. 5.

<sup>41</sup> SZ, S. 8 / VD, S. 2.

<sup>42</sup> GE, S. 6 / GR, S. 5.

<sup>43</sup> OW, S. 4 / SZ, S. 8.

<sup>44</sup> SG, S. 14 / VD, S. 1 / ZH, S. 11 / Bär & Karrer, S. 4 / economiesuisse, S. 2 / HKBB, S. 1 / SwissHoldings, S. 2.

<sup>45</sup> FDP, S. 1.

#### **4.13.2 Schlichtungsstelle für das Handelsregister**

Ein Teilnehmer<sup>46</sup> möchte, dass die Oberaufsicht des Bundes auch Beschwerdeinstanz gegen Anordnungen kantonaler Handelsregisterämter sei. Gleichzeitig brauche es auch eine Beschwerdestelle gegen die Oberaufsicht des Bundes, wenn diese nichts gegen die kantonalen Handelsregisterämter unternehme.<sup>47</sup> Zusätzlich sei eine Schlichtungsstelle des Bundes erforderlich, die zwischen Kunden und den kantonalen Handelsregisterämtern gratis schlichtet. Das Beschwerdeverfahren sei zu aufwändig und die Gerichte überlastet.<sup>48</sup>

#### **4.13.3 Bewertung der Handelsregisterämter**

Ein Teilnehmer schlägt vor, die Inspektionsberichte der Oberaufsicht zu veröffentlichen.<sup>49</sup> Zusätzlich solle die Oberaufsicht jährlich eine Bestenliste der kantonalen Handelsregisterämter publizieren.<sup>50</sup>

#### **4.13.4 Endgültige Löschung von fehlerhaften Einträgen aus dem Handelsregister**

4 Teilnehmer<sup>51</sup> schlagen vor, dass eine umfassende Korrekturmöglichkeit geschaffen werden müsse, damit unzutreffende Einträge, wie z.B. die irrtümliche Publikation einer Konkursöffnung, endgültig wieder aus dem Handelsregister entfernt werden können.

#### **4.13.5 Freie Wahl des Handelsregisteramts**

Ein Teilnehmer<sup>52</sup> möchte die schweizweite Zuständigkeit aller Handelsregisterämter, so dass der Kunde wählen kann, bei welchem Amt er die Eintragung vornimmt.

#### **4.13.6 Abschaffung der öffentlichen Beurkundung**

2 Teilnehmer fordern die Abschaffung der öffentlichen Beurkundung bei kleinen Statutenänderungen<sup>53</sup> bzw. bei einfachen Verhältnissen.<sup>54</sup>

#### **4.13.7 Personensuche im Handelsregister**

Ein Teilnehmer<sup>55</sup> regt an, dass in den Handelsregisterdatenbanken die Möglichkeit geschaffen werden soll, nach Personen suchen zu können.

#### **4.13.8 Massnahmen gegen missbräuchliche Konkurse**

Ein Teilnehmer<sup>56</sup> verlangt Massnahmen gegen Kettenkonkurse.

---

<sup>46</sup> Oldani, S. 8.

<sup>47</sup> Oldani, S. 9.

<sup>48</sup> Oldani, S. 3.

<sup>49</sup> Oldani, S. 16.

<sup>50</sup> Oldani, S. 13.

<sup>51</sup> TI, S. 1 / KMU-Forum, S. 1 / SGV, S. 1 / TREUHAND|SUISSE, S. 2.

<sup>52</sup> Oldani, S. 5.

<sup>53</sup> Oldani, S. 16.

<sup>54</sup> GLP, S. 1.

<sup>55</sup> KMU-Forum, S. 1.

<sup>56</sup> SGB, S. 1.

#### 4.13.9 Gebühren für das Schweizerische Handelsamtsblatt (SHAB)

2 Kantone<sup>57</sup> fordern die Befreiung der kantonalen Handelsregisterämter von den Gebühren des SHAB.

### 5 Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister

#### 5.1 Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf

##### 5.1.1 Zustimmende Haltung

Mit der Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister sind im Grundsatz 9 Kantone<sup>58</sup> einverstanden.

2 Kantone<sup>59</sup> sind mit dem Aufbau und der Struktur der Verordnung einverstanden lehnen jedoch eine Reduktion der Gebühren ab.

3 Kantone<sup>60</sup> sind mit der Reduktion der Gebühren einverstanden sind aber der Ansicht, dass die Reduktion mit 30% zu hoch ausfalle.

Alle teilnehmenden politischen Parteien<sup>61</sup> und 12 Organisationen<sup>62</sup> begrüßen die Einhaltung der Kostendeckung bei den Handelsregistergebühren.

##### 5.1.2 Ablehnende Haltung

13 Kantone<sup>63</sup> lehnen die Änderung der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister ab.

4 Kantone<sup>64</sup> bemängeln, dass eine Senkung der Gebühren um 30 Prozent zu hoch sei.

6 Kantone<sup>65</sup> machen geltend, dass sie mit den reduzierten Gebühren ihre aktuellen Kosten nicht mehr decken könnten.

Ein Kanton<sup>66</sup> ist der Ansicht, dass der Wortlaut einzelner Bestimmungen der allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004 (AllgGebV; SR 172.041.1) für das Handelsregisterwesen untauglich sei.

Eine Organisation<sup>67</sup> lehnt die Senkung der Gebühren ab, weil damit Gründungen erleichtert und somit weitere Konkursmissbräuche gefördert werden.

---

<sup>57</sup> AI, S. 4 / SH, S. 4.

<sup>58</sup> AG, S. 2 / AI, S. 1 / GL, S. 6 / LU, S. 1 / SO, S. 5 / SZ, S. 11 / TG, S. 1 / TI, S. 4 / VD, S. 2.

<sup>59</sup> SO, S. 5 / TI, S. 4.

<sup>60</sup> AG, S. 2 / GE, S. 1 / SZ, S. 11.

<sup>61</sup> FDP, S. 1 / GLP, S. 1 / SP, S. 2.

<sup>62</sup> CP, S. 1 / economiesuisse, S. 2 / EXPERTsuisse, S. 3 / HEV, S. 2 / HKBB, S. 1 / KMU-Forum, S. 1 / pharmaSuisse, S. 1 / SFTI, S. 1 / SGV, S. 1 / SwissHoldings, S. 2 / VbN, S. 2 / VSEI, S. 1.

<sup>63</sup> AR, S. 2 / BE, S. 4 / BS, S. 3 / FR, S. 4 / GE, S. 1 / GR, S. 5 / JU, S. 3 / NE, S. 4 / NW, S. 7 / OW, S. 1 / SG, S. 19 / ZG, S. 2 / ZH, S. 2.

<sup>64</sup> BE, S. 4 / BS, S. 3 / FR, S. 4 / GE, S. 1.

<sup>65</sup> JU, S. 3 / NW, S. 7 / OW, S. 1 / SG, S. 19 / SO, S. 5 / ZH, S. 2.

<sup>66</sup> ZH, S. 2.

<sup>67</sup> SGB, S. 1.

### 5.1.3 Weitere Bemerkungen

Eine politische Partei<sup>68</sup> vertritt die Ansicht, dass die Handelsregistergebühren auch wirklich kostendeckend sein müssen, damit nicht der Steuerzahler belastet werde.

2 Organisationen<sup>69</sup> machen darauf aufmerksam, dass die Reduktion der Gebühren nicht zu einer Verschlechterung oder Verlangsamung der Leistungen der kantonalen Handelsregisterämter führen dürfe.

2 Organisationen<sup>70</sup> möchten, dass alle Handelsregisterdaten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Ein Teilnehmer<sup>71</sup> fordert die Abschaffung der Handelsregistergebühren und schlägt die Finanzierung des Handelsregisters über Steuereinnahmen vor.

### 5.2 Bemerkungen zur Gebührenpflicht (Art. 1 E-GebV-HReg)

Ein Teilnehmer<sup>72</sup> möchte klargestellt haben, dass nur die Rechtseinheit gebührenpflichtig ist.

### 5.3 Bemerkungen zu den Gebührenansätzen (Art. 3 E-GebV-HReg)

2 Kantone<sup>73</sup> sind dafür, in der Verordnung nur einen Gebührenrahmen vorzusehen. Diese Variante schlägt auch Frau Prof. Isabelle Häner in ihrem Gutachten vor.

6 Kantone<sup>74</sup> möchten den bisherigen maximalen Stundenansatz beibehalten oder gar erhöhen.

### 5.4 Bemerkungen zur Gebührenreduktion bei elektronischem Geschäftsverkehr (Art. 4 E-GebV-HReg)

Für 2 Kantone<sup>75</sup> ist der Anreiz einer Gebührenreduktion nachvollziehbar, auch wenn der Aufwand gleichbleibt.

Für 8 Kantone<sup>76</sup> ist eine Gebührenreduktion bei elektronischem Geschäftsverkehr nicht gerechtfertigt.

2 politische Parteien<sup>77</sup> und 7 Organisationen<sup>78</sup> begrüßen eine Gebührenreduktion bei elektronischem Geschäftsverkehr. 5 Organisationen<sup>79</sup> sind jedoch der Ansicht, dass ein Mindestprozentsatz für die Reduktion vorgesehen werden müsse.

---

<sup>68</sup> SP, S. 2.

<sup>69</sup> EXPERTsuisse, S. 3 / VbN, S. 2.

<sup>70</sup> Opendata, S. 2 / Swiss Data Alliance, S. 2.

<sup>71</sup> Oldani, S. 1.

<sup>72</sup> VbN, S. 2.

<sup>73</sup> FR, S. 5 / SG, S. 20.

<sup>74</sup> LU, S. 6 / SG, S. 20 / SO, S. 6 / TG, S. 4 / ZG, S. 2 / ZH, S. 13.

<sup>75</sup> LU, S. 6 / NW, S. 8.

<sup>76</sup> GE, S. 7 / NE, S. 5 / OW, S. 5 / SZ, S. 13 / UR, S. 3 / VS, S. 2 / ZG, S. 2 / ZH, S. 13.

<sup>77</sup> FDP, S. 1 / GLP, S. 1.

<sup>78</sup> economiesuisse, S. 2 / HKBB, S. 1 / SFTI, S. 1 / SwissHoldings, S. 2 / TREUHAND|SUISSE, S. 2 / VbN, S. 2 / VSEI, S. 1.

<sup>79</sup> economiesuisse, S. 2 / HKBB, S. 1 / SFTI, S. 1 / SwissHoldings, S. 2 / TREUHAND|SUISSE, S. 2.

## 5.5 Bemerkungen zur Vorauszahlung von Gebühren (Art. 6 E-GebV-HReg)

9 Kantone<sup>80</sup> machen geltend, dass sich die generelle Vorauszahlungspflicht für Handelsregistergebühren bewährt habe und die bisherige Regelung beizubehalten sei.

4 Kantone<sup>81</sup> schlagen vor, dass der Kanton nicht nur in begründeten Fällen, sondern generell die Vorauszahlung verlangen können soll.

## 5.6 Bemerkungen zur Verteilung der Handelsregistergebühren zwischen Bund und Kantonen (Art. 10 E- GebV-HReg)

Ein Kanton<sup>82</sup> ist der Ansicht, dass die Gebühren zu 96% den Kantonen und nur zu 4% dem Bund zu kommen sollten.

## 6 Formelle gesetzliche Grundlage im Steuerrecht zur Meldung von eintragungspflichtigen Rechtseinheiten

7 Kantone<sup>83</sup> und eine Organisation<sup>84</sup> begrüßen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage im Steuerrecht zur Meldung von eintragungspflichtigen Rechtseinheiten.

4 Kantone<sup>85</sup> und 2 Organisationen<sup>86</sup> lehnen dies ab.

## 7 Einsichtnahme

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (VIG; SR 172.061) sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmer, und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat der Ergebnisbericht, öffentlich zugänglich. Die vollständigen Stellungnahmen können auf der Seite [www.admin.ch](http://www.admin.ch) > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2019 > EJPD eingesehen werden.

---

<sup>80</sup> BL, S. 5 / BS, S. 3 / LU, S. 7 / NE, S. 5 / NW, S. 8 / SO, S. 6 / SZ, S. 13 / UR, S. 4 / ZH, S. 14.

<sup>81</sup> AG, S. 4 / NW, S. 8 / SH, S. 4 / ZG, S. 2.

<sup>82</sup> ZG, S. 2.

<sup>83</sup> AG, S. 4 / JU, S. 3 / NE, S. 7 / NW, S. 9 / VD, S. 3 / ZG, S. 1 / ZH, S. 4.

<sup>84</sup> VSEI, S. 2.

<sup>85</sup> GE, S. 8 / OW, S. 5 / SO, S. 9 / TG, S. 1.

<sup>86</sup> economiesuisse, S. 2 / HKBB, S. 1.

**Verzeichnis der Eingaben**  
**Liste des organismes ayant répondu**  
**Elenco dei partecipanti**

**Kantone / Cantons / Cantoni**

<b>AG</b>	Aargau / Argovie / Argovia
<b>AI</b>	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
<b>AR</b>	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
<b>BE</b>	Bern / Berne / Berna
<b>BL</b>	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
<b>BS</b>	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
<b>FR</b>	Freiburg / Fribourg / Friburgo
<b>GE</b>	Genf / Genève / Ginevra
<b>GL</b>	Glarus / Glaris / Glarona
<b>GR</b>	Graubünden / Grisons / Grigioni
<b>JU</b>	Jura / Giura
<b>LU</b>	Luzern / Lucerne / Lucerna
<b>NE</b>	Neuenburg / Neuchâtel
<b>NW</b>	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
<b>OW</b>	Obwalden / Obwald / Obvaldo
<b>SG</b>	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
<b>SH</b>	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
<b>SO</b>	Solothurn / Soleure / Soletta
<b>SZ</b>	Schwyz / Svitto
<b>TG</b>	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
<b>TI</b>	Tessin / Ticino
<b>UR</b>	Uri
<b>VD</b>	Waadt / Vaud
<b>VS</b>	Wallis / Valais / Vallese
<b>ZG</b>	Zug / Zoug / Zugo
<b>ZH</b>	Zürich / Zurich / Zurigo

### Parteien / Partis politiques / Partiti politici

<b>FDP</b>	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali PLD. Ils Liberals
<b>glp</b>	Grünliberale Partei glp Parti vert'libéral pvl
<b>SP</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti Socialiste Suisse PS Partito Socialista Svizzero PS

### Interessierte Organisationen und Privatpersonen / Organisations intéressées et particuliers / Organizzazioni interessate e privati

<b>Bär &amp; Karrer</b>	Bär & Karrer AG
<b>CP</b>	Centre patronal
<b>economiesuisse</b>	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss Business Federaton
<b>EXPERTsuisse</b>	Schweizer Expertenverband für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand
<b>HEV</b>	Hauseigentümerverband Schweiz
<b>HKBB</b>	Handelskammer beider Basel
<b>KMU-Forum</b>	KMU-Forum Forum PME Forum PMI
<b>Oldani</b>	Beat Oldani
<b>Opendata</b>	Opendata.ch
<b>pharmaSuisse</b>	Schweizerischer Apothekerverband
<b>SFTI</b>	Swiss Fintech Innovations
<b>SGB</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera
<b>SGV</b>	Schweizerischer Gewerbeverband SGV Union suisse des arts et métiers USAM Unione svizzera delle arti e mestieri USAM
<b>Swiss Data Alliance</b>	Swiss Data Alliance
<b>SwissHoldings</b>	Verband der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz
<b>TREUHAND SUISSE</b>	Schweizerischer Treuhänderverband Union Suisse des Fiduciaires Unione Svizzera dei Fiduciari
<b>VbN</b>	Verband bernischer Notare Association des notaires bernois
<b>VSEI</b>	Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen

**Verzicht auf Stellungnahme / renonciation à une prise de position / rinuncia ad una presa di posizione**

- Schweizerische Volkspartei SVP  
Union Démocratique du Centre UDC  
Unione Democratica di Centro UDC
- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police CCDJP  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia et polizia CDDGP
- Schweizerischer Arbeitgeberverband  
Union patronale suisse  
Unione svizzera degli imprenditori
- Schweizerischer Gemeindeverband
- Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere